

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 1

Artikel: Über das zukünftige Verhältnis der Sowjetunion zu den demokratischen Mächten
Autor: K.S.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335085>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

näher zu kommen, das im Gemeindeverband eine große, alle Einwohner umfassende Gemeinschaft sieht, die bestrebt ist, allen ihren Gliedern die Güter materieller und geistiger Kultur zukommen zu lassen und so auch dem Hintersten und Letzten seinen Platz an der wärmenden Sonne zu verschaffen und zu sichern.

Am Beispiel einer einzelnen Gemeinde wollte ich zeigen, wie nützlich sich die sozialdemokratische Kommunalpolitik auswirken kann. Dabei zählt diese Gemeinde nicht einmal zu den fortschrittlichsten, so daß andernorts noch weit erfreulichere Erfolge zu verzeichnen sind. Und ich wollte ferner ermahnen, die sozialdemokratische Kommunalpolitik auch fernerhin unentwegt im Auge zu behalten. Gewiß können nicht alle sozialen Postulate auf dem Boden der Gemeinde verwirklicht werden. Es gibt Aufgaben, die sich aus den verschiedensten Gründen besser auf breiterer Grundlage, zum Beispiel auf dem Gebiete des Kantons oder des Bundes lösen lassen, während andere diese Zentralisation nicht vertragen, für deren Realisierung also die Gemeinden das geeignete Terrain sind. Und hier findet die Initiative unserer Genossen und Organisationen einen breiten Raum. Hier bietet sich auch die Möglichkeit, die Genossen und Genossinnen in die Geheimnisse und Funktionen der öffentlichen Verwaltung einzuführen, sie zu befähigen, auch größere und schwierigere Aufgaben zu meistern, die sich uns mit dem wachsenden Einfluß unserer Partei stellen werden.

Sozialdemokratische Kommunalpolitik hat allerdings mit dem sogenannten Radikalismus wenig zu tun; sie ist eine soziale Reformarbeit, die in ihrer Tendenz dennoch revolutionär wirkt, weil sie die Umgestaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, die Veränderung ihrer sozialen Struktur, auf dem Wege der Entwicklung zum Ziele hat. Und der Rückblick läßt erkennen, welche Wandlung in einer verhältnismäßig kurzen Zeitspanne möglich ist, wenn wir nur nicht müde werden, die Mittel, die uns die Demokratie in die Hand gibt, im Interesse der Arbeiterklasse anzuwenden – in der Gemeinde sowohl wie in Kanton und Bund.

Über das zukünftige Verhältnis der Sowjetunion zu den demokratischen Mächten

Von Dr. K. S.

In seinem neuen Buch «Demokratie heute und morgen» stellt *Eduard Benesch*, Präsident der Tschechoslowakischen Republik, die Frage, ob ein friedliches Zusammenleben und Zusammenwirken der Sowjetunion und der großen demokratischen Staaten dauernd möglich sei. Er antwortet mit Ja.

Nach Benesch wirken zwei Tendenzen im Sinne einer solchen dauernden Zusammenarbeit. Er schreibt:

«Der Sozialisierungsprozeß macht auch in den modernen Demokratien Fortschritte. Die Annahme sozialer Reformen beschränkt wesentlich das früher un-

begrenzte Eigentum an den Produktionsmitteln. Das Recht des Unternehmers, dem Lohnarbeiter nach eigenem Gutdünken Arbeitsbedingungen aufzuerlegen, ist eingeschränkt worden, ebenso die freie Bestimmung des kapitalistischen Privatgewinnes. Es wurden Verstaatlichungen und Munizipalisierungen von Großbetrieben vorgenommen, es entstand eine Art von sozial orientiertem, staatlichem oder städtischem Kapitalismus. Gleichzeitig akzeptiert man allgemein eine zweite Art der Sozialisierung — die wissenschaftliche Wirtschaftsplanung —, welche die letzten Reste der liberalen kapitalistischen Theorie vom freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte beseitigen soll.

Das alles ist zwar weder ein grundsätzlicher noch der einzige Eingriff in das Prinzip des Eigentums an den Produktionsmitteln und des kapitalistischen Gewinnes. Aber es ist bestimmt ein Schritt zur Sozialisierung der demokratischen Gesellschaft und ein weitgehender Kompromiß mit dem Reformsozialismus.»

Benesch versucht dann, die Verhältnisse in der Sowjetunion zu kennzeichnen, indem er schreibt:

«Die Diktatur des Proletariats im marxistisch-leninistischen Sinne ist eine theoretisch temporäre Diktatur — sie soll nur in der revolutionären Übergangsperiode zwischen der Durchführung der proletarischen Revolution gegen die bürgerliche Gesellschaft und der Konsolidierung der neu errichteten, klassenlosen Gesellschaft, die sich auf die vergesellschafteten Produktionsmittel stützt, bestehen. In dem Maße, wie sich die neue Gesellschaft wirtschaftlich und politisch festigt, wird sich die Diktatur lockern und in die sogenannte Phase der sozialistischen Demokratie übergehen, welche nach kommunistischer Theorie weit demokratischer und freier als jede bürgerliche Demokratie sein soll. Denn in dieser Phase der Demokratie herrscht und wird herrschen nicht allein Gedanken- und Gewissensfreiheit, sondern auch politische und wirtschaftliche Freiheit. Besonders wird in der klassenlosen Gesellschaft auch tatsächliche soziale Gleichheit und grundsätzliche wirtschaftliche Gleichheit bestehen. In der Praxis würde das bedeuten, daß die Entwicklung im sowjetsozialistischen Staat automatisch zu einer fortschreitenden politischen, religiösen und geistigen Freiheit als Folge der innerpolitischen Wirtschaftskonsolidierung und definitiven Sicherung der Existenz der klassenlosen, sozial vollkommen gleichartigen Gesellschaft führen wird.

Der Kommunismus ist nicht, wie man vulgär sagt, gegen das Privateigentum gerichtet. Er achtet vollkommen eine bestimmte Art des Privateigentums. Aber alles Privateigentum an Produktionsmitteln und die Verteilung der Güter will er kollektivisieren, während das Eigentum in der bürgerlichen demokratischen Gesellschaft einem Individuum die Möglichkeit gibt, andere zu zwingen, für die Eigentümer der Produktionsmittel (Maschinen, Gebäude, Boden, Verkehrsmittel usw.) gegen Entgelt zu arbeiten und von ihnen wirtschaftlich abhängig zu sein. Dieses wirtschaftliche System gibt dann dem ganzen politischen Organismus, der kapitalistischen Gesellschaft und der Demokratie in ihrer sozusagen kapitalistischen Phase, Gepräge und Form: alle Schichten beteiligen sich zwar in verschiedenen Formen am politischen Leben, aber die eigentliche politische Macht hat die Schicht der Eigentümer der Produktionsmittel in Händen.»

Dieser doppelseitigen Charakterisierung der Demokratien und der Sowjetunion fügt Benesch bei:

«Beide Systeme haben für eine ganze Reihe von Grundsätzen eine gemeinsame Basis: sie anerkennen die Gleichheit der Menschen und Völker, sie sind universalistisch, humanistisch, international und pazifistisch. Sie anerkennen die Gemeinsamkeit der Wahrheit und Wissenschaft für alle Menschen und Völker, sie sind rationalistisch und intellektualistisch. Gemeinsame und gleiche Wohlfahrt aller Menschen und Völker ist ihnen Maßstab aller sozialen und öffentlichen Moral.»

*

Diesen theoretischen Darlegungen Benesch's lassen sich einige praktische Beobachtungen beifügen.

Die von Benesch umschriebene Tendenz der wachsenden Unterstellung der großen Produktionsmittel unter die Kontrolle der öffentlichen Hand in den demokratischen Ländern wird aus zwei Quellen gespeist. Erstens gibt die moderne technische Entwicklung den Großbetrieben in Produktion und Verteilung immer mehr das Übergewicht, erweitert ihren Wirkungskreis, dehnt ihn aus auf alle fünf Erdteile, holt die Rohstoffe aus den entferntesten Ländern, wirft die Erzeugnisse bis in die entlegensten Berggegenden, verstärkt die gegenseitige wirtschaftliche Verbundenheit und Abhängigkeit im nationalen und internationalen Ausmaß, schafft Kräfte, die den einzelnen Kapitalisten und selbst den Kartellen und Trusts über den Kopf wachsen, reißt Millionen von Lohnverdienern, Kleinbürgern und Bauern in einen wirtschaftlichen Strudel, in dem sie ohnmächtig herumtreiben – die ordnende Hand des Staates muß Ordnung schaffen, die Planwirtschaft drängt sich auf –. Zweitens: Überall dort, wo sich diese Entwicklung in demokratischen Ländern vollzieht, benützen die werktätigen Schichten ihre politischen Rechte in wachsendem Maße dazu, den Staat zu veranlassen zu Eingriffen in die Wirtschaft im Sinne des sozialen Ausgleichs. Die Tendenz zur Demokratisierung der Wirtschaft wird verstärkt.

Diese allgemeine Entwicklungsrichtung der kapitalistisch-demokratischen Gesellschaft findet sich beschleunigt durch den Druck des Krieges. Die Bemühungen um die staatliche Regelung der Wirtschaft, wie der Krieg sie hervorgebracht hat – Konzentration der Produktion auf die leistungsfähigsten Betriebe, Auskämmung von Handwerk und Kleinhandel und sonstiger planmäßiger Einsatz aller menschlichen und maschinellen Kräfte –, sind heute so allgemein geworden, daß man sie nicht mehr im einzelnen darzustellen braucht.

In der Richtung der Sozialisierung der Produktionsmittel wird nach Friedensschluß wirken die Notwendigkeit des raschen und umfassenden Aufbaus der Produktionseinrichtungen und Wohnstätten in allen verwüsteten Ländern. Hier wird nicht die «freie Wirtschaft» auf Grund des liberalen Preismechanismus von Angebot und Nachfrage spielen können. Der Wiederaufbau der Städte kann nicht der Privatspekulation überlassen bleiben. Die Herstellung der dringend notwendigen Gebrauchsgegenstände und Lebensmittel (oder Austauschprodukte gegen Lebensmittel) muß durch Organe der Gesamtheit – des Staates, der Städte, öffentlich überwachte Korporationen – in die Hände genommen werden. Die Zahl derer, die solche rasche und umfassende und daher planwirtschaftliche Versorgung des Landes heischen werden, ist riesengroß geworden. Alle Ausgebombten, Ausgekämmten, Ausgesteuerten und sonst Verarmten werden laut nach solcher öffentlicher Planwirtschaft rufen.

Die demokratisch berechtigten Volksmassen werden nach dem Kriege immer mehr danach drängen, daß diese Planwirtschaft zwei Hauptmerkmale erhält: 1. Hebung der Produktivität der Arbeit durch allgemeine zweckmäßige Anwendung der technischen Hilfsmittel und Eliminierung veralteter Produktions- und Vertriebsformen. 2. Verteilung der erzeugten

Güter nicht nach Maßgabe des Kapitalbesitzes oder anderer monopolistischer Privilegien, sondern nach Maßgabe der geleisteten Arbeit und der sozialen Bedürftigkeit. Dadurch aber erhält die Planwirtschaft ausgesprochen sozialistischen Charakter.

*

Was die Dinge in der Sowjetunion betrifft, so gibt es eine ganze Reihe von Tatsachen, die darauf hinweisen, daß sie sich hüten wird, in Erwartung einer internationalen proletarischen Revolution in den Ländern von Zentral- und Westeuropa mit kriegerischen Mitteln zu intervenieren.

Unter Stalins Führung hat die russische bolschewistische Partei seit Jahren dahin tendiert – entgegen der leninistisch-trotzkistischen Auffassung –, das Augenmerk Rußlands nicht auf die Förderung der Weltrevolution zu konzentrieren, sondern ihre Aufmerksamkeit der wirtschaftlichen und kulturellen Entfaltung Rußlands zu widmen. Der Beginn des Kampfes um die Frage «Sozialismus in einem Lande?» liegt schon weit zurück. Trotzki ist dabei unterlegen. Die bolschewistische Partei hat sich an die These vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande gehalten. Dabei war sie sich klar, daß es nicht integraler, weltumfassender Sozialismus ist, was sie aufbaut, sondern national begrenzter, aber eben doch Sozialismus.

Die Tatsache, daß Stalin in den Reihen der bolschewistischen Partei mit seiner Auffassung siegte, weist darauf hin, daß in Rußland seit langen Jahren die Erkenntnis heranreift, wie wenig begründet die Hoffnung auf revolutionäre Erhebungen der zentral- und westeuropäischen Arbeiterschaft ist. Die Russen rückten mit der Anerkennung der Stalinschen These vom Sozialismus in einem Lande von der ursprünglichen leninistischen Idee der proletarischen Weltrevolution ab. Die Auflösung der Komintern war nur der Schlußpunkt unter die offizielle Feststellung dieser Distanzierung.

Die lange Leidensgeschichte der Komintern hat auch den Russen klargemacht, daß der Weg zum Sozialismus in den kapitalistischen Ländern demokratischer Observanz nicht in der Richtung verläuft, wie die Gründungsthesen der Komintern sie voraussagten. Die jahrelang wiederkehrenden, dauernd fruchtlosen Bemühungen um die «Bolschewisierung» der westeuropäischen kommunistischen Parteien, das erfolglose Bestreben zur Übertragung der russischen revolutionären Erfahrungen auf die völlig anders gearteten Verhältnisse Zentral- und Westeuropas, die unaufhörlichen Führerkrisen, welche immer wieder aus dem Umstand entsprangen, daß man sich von Moskau aus bemühte, die typisch russisch gefärbten leninistischen Auffassungen auf den vollkommen verschiedenen Boden der kapitalistisch entwickelten demokratischen Länder zu übertragen (Übertragung des bolschewistischen Prinzips der «reinen Partei» und entsprechende Zerschlagung aller westeuropäischen proletarischen Massenorganisationen, Parole der Sowjets, Politisierung aller Wirtschaftskämpfe, Anspruch der Russen auf Leitung der ganzen internationalen Bewegung usw.) – alle damit verbundenen Enttäuschungen mußten auch in Rußland die Auffassung reifen lassen, daß die von der Komintern geförderte und russisch abgestempelte internationale proletarische Revolution eine Illusion ist.

Die gegenwärtigen Erfahrungen, die die Russen mit den deutschen Arbeitern im Waffenkleid und denen hinter der Front machen, werden ihnen kaum den Glauben an eine genügend breite und siegreiche revolutionäre Erhebung der deutschen Proletarier unter russischer Führung wiedergeben.

Sowjetrußland wird sich nach Niederringung der faschistischen Mächte sicher nicht einlassen in Weltkämpfe um die Errichtung der internationalen Diktatur des Proletariats. Es wird seine Bemühungen konzentrieren auf den Wiederaufbau des furchtbar zerstörten Landes.

Das Wiederauftauchen des russischen Patriotismus ist viel weniger eine Absage an die großen völkerverbindenden Ziele des Sozialismus als ein einfacher Notbehelf des um seinen Heimatboden kämpfenden Volkes. Jedenfalls aber ist er kein Kennzeichen einer baldigen Rückkehr der Partei Stalins zu den einstigen internationalen Zielen Lenins und Trotzki.

Lenin hat im Oktober 1917 zur Machteroberung durch die Bolschewiki aufgerufen, in der bestimmten Hoffnung, die proletarische Revolution werde in den andern Ländern bald nachfolgen. Die Komintern sollte dieser Revolution Führerin sein. Insofern Lenin auf diese internationale proletarische Revolution hoffte und in ihr die unentbehrliche Begleiterin, Stützerin und Retterin der russischen bolschewistischen Revolution sah, kann man sagen, daß auch er kein Anhänger der Parole «Sozialismus in einem Lande» war. Aber die 27 Jahre, die seit der Oktober-Revolution verfloßen sind, haben klargelegt, daß das bolschewistische Rußland auch ohne Hilfe des ausländischen Proletariats lebensfähig ist, daß in diesem Sinne «Sozialismus in einem Lande» keine Utopie ist.

Dauernder Sieg der russisch-bolschewistischen Revolution und proletarische Weltrevolution waren für die Partei Lenins und Trotzki untrennbare Dinge. Sie sind es nicht mehr für die Partei Stalins.

Die Russen wissen sehr wohl, daß eine Revolution nicht vom Himmel fällt. An solche Wunderdinge glauben nur westeuropäische Revolutionsromantiker, die blind sind für die ehernen Erfordernisse des geschichtlichen Verlaufes, oder aber bürgerliche Köpfe glauben es, die zur Beurteilung der künftigen historischen Ereignisse nichts mitbringen als ihr schlechtes soziales Gewissen. Für die Russen, die etwas verstehen von revolutionären und andern Dingen, haben längst erfaßt, daß die heutige internationale Situation für revolutionäre proletarische Erhebungen noch viel ungünstiger ist, als sie sich 1917 bis 1919 erwies. Der revolutionäre Flügel der Arbeiterbewegung ist in allen Ländern entweder verschwunden oder auf völlig belanglose Reste zusammengeschmolzen. Man braucht zum Vergleich nur die Verhältnisse in der Schweiz zu nehmen und die heutige Stimmung in den entscheidenden Schichten der Arbeiterschaft zu vergleichen mit jener, die 1918 zum Generalstreik führte.

*

Daß die Sowjetunion aus wirtschaftlich-imperialistischen Gründen in Zentral- und Westeuropa militärisch intervenieren würde, halten wir für reine Phantasie. Für die Sowjetunion liegen angesichts ihres kolossalen Hinterlandes absolut keine wirtschaftlichen Notwendigkeiten vor, der ersten furchtbaren Kriegsphase gegen den Faschismus eine zweite gegen

die demokratischen Staaten beizufügen. Alle wirtschaftlichen und sonstigen Vernunftgründe sprechen dagegen.

Der Vatikan in Frieden und Krieg

Von Edith Moore in «Socialist Commentary», März 1944

In britischen Labourkreisen äußert man sich nur mit ausgesprochenem Widerwillen zur Politik der römisch-katholischen Kirche. Man fürchtet mit Recht, religiöse Streitigkeiten müßten die Arbeiter in ihrem Kampfe trennen und schwächen. Die verschiedenen Wege, die Gewerkschaften und klerikale Parteien in den meisten europäischen Ländern einschlugen, erschwerten zweifellos eine fortschrittliche Entwicklung. Das darf uns aber nicht hindern, Stellung zu beziehen. Wenn wir zum Beispiel sehen, wie die höchsten Würdenträger der katholischen Kirche in vielen Ländern die schärfste Zensur befürwortet und sich in Spanien mit den Faschisten verbündet haben, um durch Bürgerkrieg die Republik zu zerstören — wenn solches geschieht, dürfen wir nicht schweigen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Angehörigen der katholischen Kirche, die sich in unseren eigenen Reihen finden, Anstoß nehmen. Wir müssen darüber hinaus zu verstehen suchen, warum sich die Kirche so einstellt; wir werden dann sehen, daß ihre Führer nicht von ungefähr so reaktionär handeln und auch in Zukunft handeln werden. Der Artikel soll helfen, die Dinge klarzumachen.

Die Epoche der «Befriedung»

Die Rolle des Katholizismus in den Zwischenkriegsjahren wird in Amerika, besonders aber auch in England, unverdient günstig beurteilt. In Wirklichkeit war die Kirche in jenen Jahren einer der besten Bundesgenossen und Steigbügelhalter der faschistischen Mächte, das heißt Italiens, Deutschlands und Spaniens. Als die Faschisten in Italien und Spanien ihre Macht ausbauten und als Hauptprobe für das große Völkermorden zwei Kriege vom Zaun rissen, waren es die Kirche und die mächtigsten Gruppen des Welt-Katholizismus, die dem Faschismus die erforderliche ideologische und diplomatische Unterstützung liehen. In beiden Ländern brachte man durch einen Staatsstreich die Entwicklung zu einer Volksrepublik zum Stehen, rettete die Privilegien der Kirche vor Angriffen und stärkte ihre Macht. So entstand das Bündnis zwischen dem Faschismus und einer Kirche, die ihre sozialen und wirtschaftlichen Vorrechte über alles stellte, und dieses Bündnis bewährte sich recht gut. So gut, daß Kardinal Hinsley (London) noch während des Abessinien-Krieges sagte: «Wenn der Faschismus untergeht, so geht auch die Sache Gottes unter.» So empfand man in seinen Kreisen in bezug auf Italien, noch viel mehr aber in bezug auf Spanien.

Damit soll nicht bestritten werden, daß es während dieser Zeit Katholiken gab, die sich der Politik der Kirche schämten und sie verließen

In Deutschland funktionierte das Bündnis nicht so gut, die Situation war nicht so einfach und gibt darum heute noch zu heftigen Meinungs-